

Ausgabe 3 | Juli 2026

NETZWERK JOURNAL

Rektorenkonferenz der
Hochschulen für den
öffentlichen Dienst



34. Glienicker Gespräch

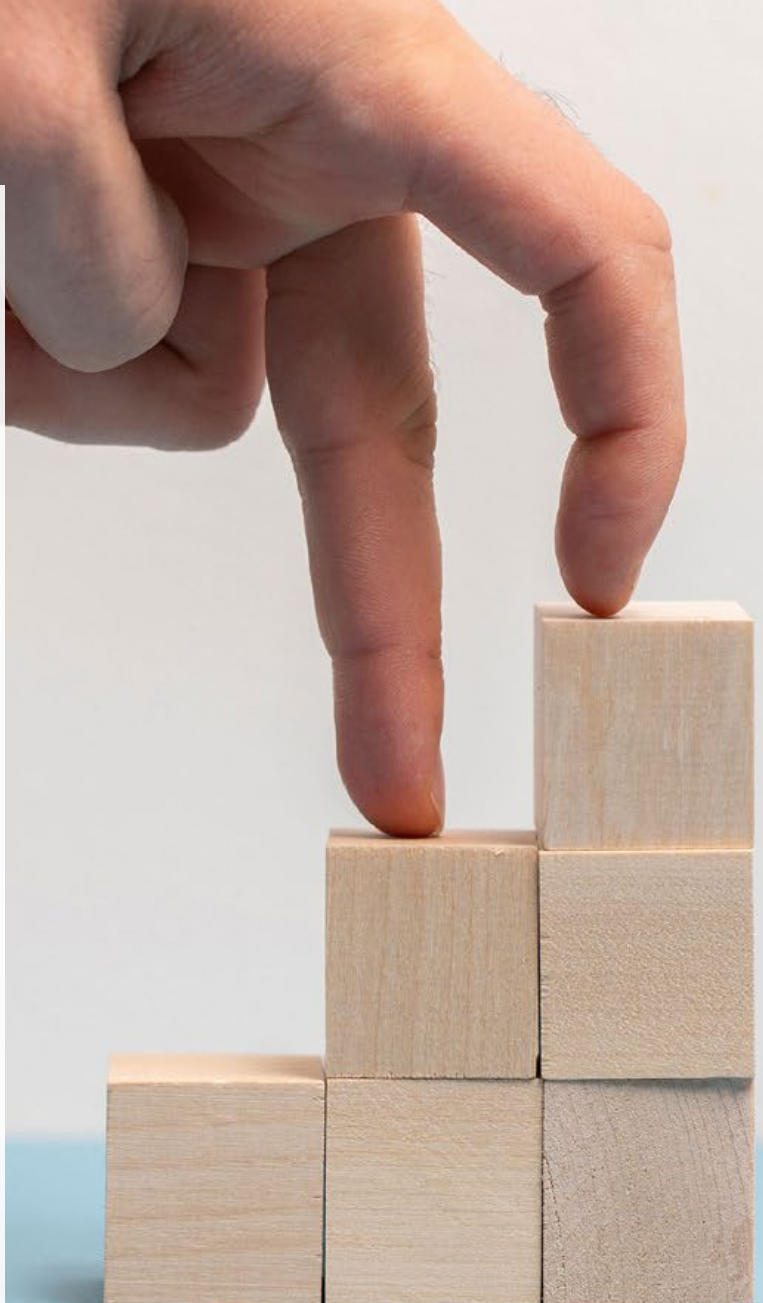
Starke Persönlichkeiten für den öffentlichen Dienst. Die Rolle der Hochschulen in Zeiten von demografischem Wandel und Digitalisierung

Seite 4

Ideenwettbewerb

Vernetzt für mehr Sicherheit: Das Forschungsnetzwerk Sicherheit und Polizei (FoSiPol) nimmt seine Arbeit auf

Seite 22

A close-up photograph of a hand placing a light-colored wooden block on top of a stack of other wooden blocks. The blocks are arranged in a stepped pattern, with the stack being taller on the right side. The background is a light blue surface.

Persönlichkeits-
bildung und
-entwicklung an
den Hochschulen
für den öffent-
lichen Dienst

Inhalt

EDITORIAL

- 03 Prof. Dr. Jürgen Stember

SCHWERPUNKT

- 04 Glienicker Gespräch 2026: Starke Persönlichkeiten für den öffentlichen Dienst

AUS DER REKTORENKONFERENZ

- 06 Die RKHÖD zu Gast in Güstrow

AUS DEN HÖD

- 09 Fit für die Verwaltung der Zukunft: Neue KI-Lernumgebung am Campus Hof
- 10 Die FHöVPR des Landes Mecklenburg-Vorpommern stellt sich vor
- 12 Bundesweite Umfrage zum kommunalen Controlling gestartet
- Verwaltungssteuerung mit Predictive Analytics: Startschuss für das Forschungsprojekt PROVIS
- 14 Europäisches Verwaltungsmanagement Grundlagen – Praktiken – Perspektiven
- 15 Tanz trifft Wissenschaft – Veranstaltungsreihe stärkt den Dialog zwischen Kunst, Verwaltung und Gesellschaft
- 17 Das Projekt Wissenstransfer an der FHöVPR
- 18 Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Polizei – Kooperation und Dialog in Mecklenburg-Vorpommern an der FHöVPR
- 20 Forschungsprojekt „Die Rolle der Sozialwissenschaften in der Ausbildung an den HöD“
- 22 Vernetzt für mehr Sicherheit: Das Forschungsnetzwerk Sicherheit und Polizei (FoSiPol) nimmt seine Arbeit auf

- 24 Die Planübungsplatte an der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg - zwischen taktischer Ausbildung und Persönlichkeitsbildung

PERSONEN

- 26 Neu an Bord!

TERMINE

- 28 Termine

Neue Publikationen

IMPRESSUM

Herausgeber

Prof. Dr. Jürgen Stember (V.i.S.d.P.)
Förderverein der Hochschulen für den öffentlichen Dienst in Deutschland e.V.
c/o HWR Berlin
Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin
geschaeftsstelle-hoed@hwr-berlin.de
www.rkhoed.de

Redaktion

Prof. Dr. Jürgen Stember
Dr. Patricia Greve
Katja Drasdo

Fotos und Grafiken

Sofern nicht anders ausgewiesen, liegen die Fotorechte bei der Rektorenkonferenz der Hochschulen für den öffentlichen Dienst

Gestaltung und Satz

Rocanov Design
www.rocanov.com
Redaktionsschluss:
15. Juni 2026

Bildnachweis auf der Titel- und Rückseite: © Michail Rudenko/iStock



Liebe Leserinnen, liebe Leser, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Hochschulen für den öffentlichen Dienst stehen vor einer doppelten Transformationsaufgabe: Demografischer Druck und die Digitalisierung verändern Aufgaben, Erwartungen und Rollenprofile tiefgreifend. Die zentrale Frage lautet daher nicht mehr nur, *was* wir lehren, sondern auch, *welche* Persönlichkeiten wir für den öffentlichen Dienst ausbilden und entwickeln.

Das 34. Glienicker Gespräch in Berlin hat deutlich gemacht, dass Persönlichkeitsbildung zum strategischen Schlüssel wird. So betonte Prof. Dr. Albrecht von Graevenitz von der HS Bund, dass Beschäftigte künftig ein Mindset benötigen, das auf Effizienz und Effektivität ausgerichtet ist, ein Expertenbewusstsein fördert und eine positiv-kritische Haltung zum Umgang mit Digitalität und KI ermöglicht. Diese Haltung entscheidet letztlich darüber, ob Verwaltung in komplexen Lagen handlungsfähig bleibt.

Gleichzeitig wurde durch Dr. Alice Watanabe von der HAW Hamburg klargestellt, dass KI-gestützte Lernumgebungen auch Risiken bergen, vor allem in Form von Kompetenz-, Kontroll- und Sozialverlusten. Strategisch ergibt sich daraus: Hochschulen für den öffentlichen Dienst müssen gezielt Räume schaffen, in denen Studierende Erfahrungen sammeln können, die durch KI nicht ersetzbar sind – insbesondere Reflexion, Verantwortungsübernahme, Teamarbeit und die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Perspektiven.

Viele Einrichtungen setzen dies bereits in Form von Planspielen, Moot Courts, Portfolio-Arbeiten und Mentoring um. So zeigt zum Beispiel die Planübungsplatte der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg, wie Persönlichkeitsbildung als integraler Bestandteil moderner Ausbildung und nicht nur als Zusatzangebot operationalisiert werden kann.

Für die Rektorenkonferenz ergibt sich daraus eine klare Zukunftsaufgabe: Persönlichkeitsbildung muss systematisch verankert, curricular gestützt und strategisch in der Hochschulentwicklung berücksichtigt werden. Sie bildet die Grundlage dafür, dass unsere Absolventinnen und Absolventen Verwaltung nicht nur verstehen, sondern sie aktiv mitgestalten und weiterentwickeln können.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre dieser Ausgabe, die zeigt, wie stark und vielfältig unser Netzwerk bereits heute auf diese Zukunft ausgerichtet ist.

Prof. Dr. Jürgen Stember

Präsident der Rektorenkonferenz der Hochschulen für den öffentlichen Dienst

Erster Vorsitzender des Fördervereins der Hochschulen für den öffentlichen Dienst in Deutschland e. V.

Starke Persönlichkeiten für den öffentlichen Dienst

Die Rolle der Hochschulen in Zeiten von demografischem Wandel und Digitalisierung

PROF. DR. ERIK KRAATZ

Vom 7. bis zum 8. Mai 2026 fand an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin das 34. Glienicker Gespräch statt, an dem Verantwortliche, Lehrende und Wissenschaftler:innen der Hochschulen für den öffentlichen Dienst sowie Vertreter:innen zuständiger wie interessierter Landes- und Kommunalbehörden teilnahmen. Im Mittelpunkt standen aktuelle Herausforderungen wie der demografische Wandel und der damit drohende akute Fachkräftemangel. Ebenso wurden die tiefgreifenden Auswirkungen der Digitalisierung thematisiert. Vor diesem Hintergrund tauschten sich die Teilnehmenden über die Notwendigkeit aus, Studierende nicht nur mit grundlegendem Fachwissen auszustatten. Sie sollen auch das notwendige (Future-) Skillset und Mindset erwerben, um die künftigen Anforderungen ihrer beruflichen Tätigkeit im öffentlichen Dienst meistern zu können.

Nach einer Begrüßung der Tagungsteilnehmer:innen durch den Präsidenten der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Prof. Dr. Jens Hermsdorf, leitete Prof.



34. Glienicker Gespräch
(© Marco Fechner)

Dr. Albrecht von Graevenitz (Professor für Zivilrecht an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Bundeswehrverwaltung) mit seinem Vortrag zu „Persönlichkeitsentwicklung an Hochschulen für den öffentlichen Dienst“ wissenschaftlich in die Thematik ein. Er legte dar, wie schwierig in Zeiten rascher Veränderungen die Bestimmung der beruflichen Aufgaben der Zukunft im öffentlichen Dienst sei. Zugleich betonte er, dass die öffentliche Verwaltung in der Gesellschaft zunehmend kritisch

gesehen werde und mit verschiedenen Forderungen konfrontiert sei. Vor diesem Hintergrund brauche es bei den Mitarbeitenden ein entsprechendes Mindset. Dazu gehöre: die Ausrichtung auf eine effiziente und effektive Verwaltung, ein Expertenbewusstsein, eine positiv-kritische Einstellung zum „richtigen“ Umgang mit Digitalität bzw. Künstlicher Intelligenz, Sensibilität für die Besonderheiten der Bedarfsträger sowie eine Vorbildfunktion für die Öffentlichkeit. Diese Kompetenzen seien im Studium an den Hochschulen für den öffentlichen Dienst aufzubauen bzw. zu fördern. Hierzu schlug er mögliche didaktische Ansatzpunkte vor, wie zum Beispiel Planspiele, Moot Courts oder spezifische Mentoring- bzw. Coaching-Formate.

Dr. Alice Watanabe, Postdoc-Stipendiatin an der Universität Hamburg am Hamburger Zentrum für Universitäres Lernen, sprach über „Kompetenz-, Kontroll- und Sozialverluste durch KI in Lehr-Lern-Kontexten“. Diese Verluste könnten sich auf zwei Ebenen zeigen: Auf der individuellen Ebene könne es zu einem „Ich-Verlust“



34. Glienicker Gespräch (© Marco Fechner)

kommen. Dieser äußere sich in einer geringeren Identifikation mit den eigenen Fähigkeiten, einem reduzierten Erleben von Selbstwirksamkeit sowie Einschränkungen der Urteilsfähigkeit und der eigenen Erfahrungsmöglichkeiten. Auf der sozialen Ebene könne es zu einem „Welt-Verlust“ kommen. Dieser zeige sich in weniger direktem Kontakt mit Mitmenschen, nachlassenden zwischenmenschlichen Beziehungen, einer zunehmend durch KI vermittelten Kommunikation sowie einer geringeren Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Perspektiven. Es sollten an Hochschulen im „KI-Strom“ daher bewusst „humanistische Inseln“ geschaffen werden, z.B. durch KI-freie Zonen oder forschendes Lernen.

Ergänzt wurde dies durch den Vortrag „Digitalisierung braucht Haltung: Staatsmodernisierung lehren und lernen“ von Prof. Dr. Christina Schuh, Professorin für Psychologie am Zentralbereich der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, und Prof. Dr. Ilka Klöckner, dort Professorin für Staatsrecht. Sie zeigten die rechtlichen Anforderungen an die notwendige Haltung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf

und skizzierten Vorschläge, wie digitale Kompetenzen und diese Haltung im Studium vermittelt werden können.

Johanna Leifeld und Anne Prill, beide Projektmanagerinnen für das Hochschulforum Digitalisierung beim Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), betonten in ihrem Vortrag „Die Haltung, Zukunft zu gestalten: Future-Mindset als Schlüssel für Studium, Lehre und Führung“ die Bedeutung, neben Future-Skills auch ein entsprechendes Future-Mindset zu vermitteln. Als Beispiel empfahlen sie u. a. Portfolio-Arbeiten.

Juliane Strohschein vom Schreibzentrum der HWR Berlin gestaltete eine Kombination aus Vortrag und Workshop zum Thema „Miteinander sprechen: Lehr-Lernbeziehungen als persönliche Entwicklungsräume“.

Nach einem kurzen Bericht von Prof. Dr. Michel Rietze, Professor für Verwaltungsinformatik an der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit, zum Positionspapier „Hochschulen für den öffentlichen Dienst stärken!“ des Hochschul-Lehrerbundes Bundesvereinigung e. V. vom 9.10.2025 klang der erste Tagungstag bei einem gemeinsa-

men Abendbuffet aus. Dieses bot Raum für informelle Gespräche, Austausch und Vernetzung.

Der zweite Tagungstag war den Workshops zu ausgewählten Unterthemen gewidmet:

- **Workshop 1:** „Effiziente und effektive Verwaltung – Vermittlung eines entsprechenden Mindsets an den Hochschulen für den öffentlichen Dienst“, moderiert von Prof. Dr. Albrecht von Graevenitz.
- **Workshop 2:** „Die Auswirkungen des demografischen Wandels“, moderiert von Dr. Jens Tessmann, Lehrkraft mit besonderen Aufgaben im Fachgebiet Verwaltungswissenschaft an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.
- **Workshop 3:** „Auswirkungen der Verwaltungsdigitalisierung auf die Ausbildung für den öffentlichen Dienst“, moderiert von Prof. Dr. John Siegel, Professor für Betriebswirtschaftslehre der öffentlichen Verwaltung sowie Direktor der Berlin Professional School an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

Das 35. Glienicker Gespräch wird voraussichtlich erst 2028 stattfinden, da die Tagungsreihe künftig im Wechsel mit der Netzwerktagung des Praxis- und Forschungsnetzwerks der Hochschulen für den öffentlichen Dienst stattfinden soll. ▲

Die Rektorenkonferenz der Hochschulen für den öffentlichen Dienst zu Gast in Güstrow

PROF. DR. JÜRGEN STEMBER

Vom 10. bis 12. Juni 2026 trafen sich die Mitglieder der Rektorenkonferenz der Hochschulen für den öffentlichen

Dienst an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege Mecklenburg-Vorpommern (FHöVPR) in Güstrow.

Die Mitglieder und Gäste erwartete ein umfang- und facettenreiches Programm, in dem nicht nur die zahlreichen Aktivitäten seit der



Die Rektorenkonferenz zu Gast in Güstrow (© Jens Lembke)



Geschäftsstellenleiterin Dr. Patricia Greve und Vorstandsmitglieder Prof. Dr. Robert Knappe, PD Dr. Jens Kowalski und Prof. Dr. Jürgen Stember (v.l.n.r.; es fehlt Prof. Dr. Frank Nolden) (© Prof. Dr. Jürgen Stember)

letzten Konferenz in Hachenburg im Oktober 2025, sondern auch die aktuellen Partnerschaften eine Rolle spielten.

Connected Knowledge-Studie

Dazu zählt auch die seit 2024 bestehende Kooperation mit der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) in Köln. Vorstand Dr. Klaus Effing stellte gemeinsam mit RKHöD-Präsident Prof. Dr. Jürgen Stember die Details und Vorhaben der Kooperation vor. Besonders im Fokus standen Projekte und Aktivitäten zur Stärkung des Wissenstransfers und zur Entwicklung praktischer Problemlösungen. Auch die Nutzung des umfangreichen KGSt-Portals durch die Hochschulen wurde thematisiert. In einigen Bereichen der Kooperation stehen die Aktivitäten noch am Anfang. Das erste große Projekt wurde jedoch bereits abgeschlossen und auf der Konferenz vorgestellt. Unter dem Titel „Connected Knowledge“ wurde eine gemeinsame Studie erstellt, die sich mit dem Thema Wissensmanagement

und insbesondere dem Wissenstransfer zwischen den Kooperationspartnern befasst. Die Studie diente als Grundlage für qualitative Interviews, auf deren Basis anschließend zahlreiche Maßnahmen und Aktivitäten entwickelt wurden. Diese werden nun diskutiert und umgesetzt. Die Ergebnisse der Studie werden derzeit publiziert – sowohl als KGSt-Bericht als auch als Buchpublikation im NOMOS-Verlag. Prof. Dr. Jürgen Stember wird die Ergebnisse außerdem auf dem KGSt-Forum in Leipzig Mitte September vorstellen.

Weitere Tagesordnungspunkte waren die Änderung der Geschäftsordnung zur Aufnahme neuer Mitglieder sowie die Vorbereitungen für das 50-jährige Jubiläum des Hochschulnetzwerks im Jahr 2027.

Förderverein der Hochschulen für den öffentlichen Dienst

Im Zuge der Rektorenkonferenz der Hochschulen für den öffentlichen Dienst in Güstrow fand am Donnerstag, dem 11. Juni 2026, die offizielle Mitgliederversammlung

des Fördervereins der Hochschulen für den öffentlichen Dienst in Deutschland e. V. mit Neuwahlen statt. Und der alte Vorstand wurde auch wieder der neue – und das einstimmig. Damit können Prof. Dr. Jürgen Stember als Erster Vorsitzender, Prof. Dr. Robert Knappe als Zweiter Vorsitzender und PD Dr. Jens Kowalski als Schriftführer sowie Prof. Dr. Frank Nolden als Schatzmeister weitere zwei Jahre aktiv bleiben.

Ideenwettbewerb

Besondere Aufmerksamkeit erhielt die erste Ausschreibung des Vereins: Der HöD-Ideenwettbewerb für mehr Kooperation unter den Hochschulen für den öffentlichen Dienst. Von insgesamt zehn Anträgen werden aktuell zwei Projekte gefördert:

- Das Projekt „eGovChallenge – Low-Code-Tools für Verwaltungsleistungen“ von der HAW Hamburg und der FHVD Altenholz in Schleswig-Holstein sowie
- das Projekt „Forschungsnetzwerk Sicherheit und Polizei (FoSiPol)“ von der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz, der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege des Landes Mecklenburg-Vorpommern, der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (Institut für Kriminologie und Präventionsforschung) und der Thüringer Fachhochschule für

► Aus der Rektorenkonferenz

öffentliche Verwaltung (Fachbereich Polizei) (Bericht auf Seite 22).

Verabschiedung von Karl Jennemann

Karl Jennemann, Direktor der Hessischen Hochschule für Finanzen und Rechtspflege in Rotenburg an der Fulda und langjähriges Mitglied, nahm zum letzten Mal an der Rektorenkonferenz der Hochschulen für den öffentlichen Dienst teil. Damit wurde eine Persönlichkeit verabschiedet, die unser gemeinsames Hochschulsystem über viele Jahre geprägt hat.

Karl Jennemann steht für eine klare Haltung, fachliche Exzellenz und eine beeindruckende Gestaltungskraft. Mit seiner ruhigen, analytischen Art und seinem tiefen Verständnis für die besonderen Anforderungen des öffentlichen Dienstes hat er die Arbeit der Rektorenkonferenz bereichert und wichtige Impulse gesetzt – in Zeiten, in denen sich Verwaltung, Rechtspflege und Fi-

nanzwesen tiefgreifend verändert haben. Sein Engagement für die Weiterentwicklung der HöD, seine Verlässlichkeit und sein kollegialer Stil werden uns fehlen. Gleichzeitig bleibt sein Wirken sichtbar – in gemeinsamen Projekten, in strategischen Weichenstellungen und in der Stärkung unseres Hochschulverbunds.

Staffelstabübergabe an die HöMS

Der Präsident der Rektorenkonferenz, Prof. Dr. Jürgen Stember, und der Gastgeber, Dr. Stefan Metzger, zeigten sich sehr zufrieden mit der Konferenz in Güstrow und gaben den Staffelstab an Dr. Walter Seubert von der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS) in Hessen weiter. Die nächste Konferenz wird im Oktober 2026 in Wiesbaden stattfinden.

Dr. Stefan Metzger neuer Direktor der FHöVPR

So zeitnah können schöne Ereignisse beieinander liegen: Gastgeber der Rektorenkonferenz, Dr. Stefan Metzger, wurde offiziell in sein neues Amt als Direktor der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege (FHöVPR) in Güstrow eingeführt. Damit beginnt ein neues Kapitel für die zentralen Bildungsinstitutionen des öffentlichen Dienstes in Mecklenburg-Vorpommern.

Dr. Stefan Metzger bringt nicht nur langjährige Erfahrung aus seiner Zeit in der Rektorenkonferenz mit, sondern auch eine tiefe Verbundenheit mit seiner eigenen Hochschule und dem gesamten System der Hochschulen für den öffentlichen Dienst. Seine berufliche Laufbahn ist geprägt von fachlicher Exzellenz, strategischem Denken und einem klaren



*Dank an den Gastgeber und neuen Direktor der FHöVPR, Dr. Stefan Metzger
(© Dr. Patricia Greve)*

Verständnis dafür, wie moderne Verwaltung, Polizei und Rechtspflege heute ausgebildet werden müssen. Gerade in einer Zeit, in der der öffentliche Dienst vor großen Herausforderungen steht – Digitalisierung, KI-Integration, demografischer Wandel, Fachkräftesicherung und steigende gesellschaftliche Erwartungen –, braucht es Führungspersönlichkeiten, die Orientierung geben und Veränderung aktiv gestalten. Dr. Metzger vereint fachliche Kompetenz, persönliche Integrationskraft und Gestaltungswillen auf beeindruckende Weise.

Seine Ernennung ist ein starkes Signal für die Zukunftsfähigkeit der FHöVPR in Güstrow. Und für das gesamte Netzwerk der Hochschulen für den öffentlichen Dienst war er bereits zuvor ein Gewinn, da er seit einem Jahr im Präsidium der Rektorenkonferenz mitarbeitet. ▲



*Verabschiedung von Karl Jennemann
(© Dr. Patricia Greve)*

Fit für die Verwaltung der Zukunft: Neue KI-Lernumgebung am Campus Hof

FRANZISKA SCHLÖGL

(Hochschulkommunikation, HföD Zentralverwaltung)



Die Eröffnung der neuen KI-Lernumgebung am Campus Hof steht unter dem Motto „Stärkung der Verwaltungsinformatik“ (© HAW Hof)

Raum. Dieser lässt sich schnell und je nach Bedarf für verschiedene Lernszenarien umbauen. An Lerninseln arbeiten die Studierenden kollaborativ und tauschen sich bei Workshops aus. Für Präsentationen werden die Tische in Reihen angeordnet. Mobile Displays und interaktive Whiteboards unterstützen die unterschiedlichen Methoden. So werden die Studieninhalte aus Vorlesungen wie „Angewandte KI“ oder „Data Science“ zur realitätsnahen Praxis.

Seit Dezember 2025 steht den Studierenden des dualen Studiengangs „Verwaltungsinformatik“ eine neu konzipierte KI-Lernumgebung zur Verfügung. Dank des gemeinsamen Projekts der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern (HföD) und der Hochschule für angewandte Wissenschaften Hof (HAW Hof) gehört es für die künftigen IT-Spezialisten mittlerweile zum Alltag, eigene KI-Modelle zu trainieren oder funktionsfähige Prototypen zu entwickeln.

Der multifunktionale Workspace bereitet die Studierenden bereits während ihrer Ausbildung auf die Anforderungen einer modernen Verwaltung vor, in der der Umgang mit KI-Technologien so-

wie die Fähigkeit zu kollaborativem und projektbasiertem Arbeiten im Fokus stehen.

Kern des neuen Angebots ist der KI-Workspace, der für die Studierenden rund um die Uhr zugänglich ist. Dort arbeiten sie eigenverantwortlich an Gruppenprojekten in den Bereichen KI, Data Science, Robotics und IT-Security.

Beste Voraussetzungen hierfür bietet die erweiterte Infrastruktur: Jeder und jedem Studierenden steht ein eigener KI-Rechenknoten zur Verfügung. Dank modernster, leistungsfähiger Hardware können auch rechenintensive Projekte umgesetzt werden.

Zweiter Bestandteil der neuen Lernumgebung ist der SCALE-UP-

Über das Studium

Der duale Studiengang Verwaltungsinformatik wird seit 2001 gemeinsam vom Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung der HföD und der HAW Hof angeboten. Er verbindet verwaltungswissenschaftliche Inhalte mit Informatik und verzahnt Theorie und Praxis eng miteinander. Die Absolvierenden und Absolventen arbeiten zum Beispiel als Softwareingenieure oder Systemanalytiker in den Rechenzentren oder Entwicklungsabteilungen der öffentlichen Verwaltung. Das Studium bildet die Grundlage für die IT- und KI-Expertise im öffentlichen Dienst in Bayern. ▲

Die FHöVPR des Landes Mecklenburg-Vorpommern stellt sich vor



Die Fachhochschule Güstrow (© Felicitas Ilge)

Name der Hochschule:

Fachhochschule für öffentliche Verwaltung,
Polizei und Rechtspflege des Landes
Mecklenburg-Vorpommern (FHöVPR M-V)

Bundesland: Mecklenburg-Vorpommern

Standort: Güstrow (Hauptstandort),
Peenemünde (Fahr- und Sicherheitstraining)

Gründungsjahr: 1991

Rechtsform: nichtrechtsfähige Körperschaft
im Geschäftsbereich des Innenministeriums
des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Anzahl der Studierenden: 515

Anzahl der Auszubildenden: 335

**Anzahl der Teilnehmenden an
Weiterqualifizierungsmaßnahmen:** 209

Studienangebot (Aus- und Weiterbildung)

Ausbildung zum Verwaltungswirt / zur Verwaltungswirtin

Bachelor of Laws - Öffentliche Verwaltung sowohl für den Direkteinstieg als auch den Aufstieg

Ausbildung zum Polizeimeister / zur Polizeimeisterin

Bachelor of Arts – Polizeivollzugsdienst sowohl für den Direkteinstieg als auch den Aufstieg

Weitere Aufstiegsstudiengänge und -lehrgänge für den gehobenen und höheren Polizeivollzugsdienst

Ausbildung zum Justizfachwirt / zur Justizfachwirtin

Studiengang Diplom-Rechtspfleger/in (FH)

Profil (und Schwerpunkte), inkl. Forschungsprofil / -institute

Die FHöVPR M-V ist die Hochschule des Landes Mecklenburg-Vorpommern für Nachwuchskräfte im öffentlichen Dienst. Sie bietet Studiengänge und Ausbildungen mit einem hohen Praxisbezug, sofortiger Verbeamtung auf Widerruf und sehr gute Übernahme-

mechanen in den Landesdienst. Mit einem breit gefächerten Angebot an Fortbildungen und Tagungen wird die berufliche Weiterentwicklung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Mecklenburg-Vorpommern begleitet.



Neben Lehre und Fortbildung zählt auch die Forschung zu den zentralen Aufgaben der Hochschule mit folgenden Forschungsschwerpunkten:

- Recht und Rechtsanwendung
- Kriminalistik, Kriminologie
- Politik und Gesellschaft
- Verwaltung und Personalentwicklung

Neben Ausbildung, Studium, Fortbildung und Forschung ist eine weitere Mission der Hochschule der Bereich Wissenstransfer.

zung ist das neu eingerichtete Zentrum für digitale Kompetenzen und Hochschulentwicklung. Es hat die Aufgabe, die vielen Ideen und Maßnahmen aus dem Konzept in die Praxis zu übertragen und eine professionelle digitale Ausstattung, innovative Lehrmethoden sowie die bauliche Weiterentwicklung des Hochschulcampus sicherzustellen.

Mit einer Novellierung der Landesverordnung der Hochschule wird die FHöVPR M-V künftig in „Hochschule für den öffentlichen Dienst Mecklenburg-Vorpommern“ (HöD M-V) mit der Kurzbezeichnung „Hochschule Güstrow“ umbenannt werden.

Kooperationen und Netzwerk (Auswahl)

- Rektorenkonferenz der Hochschulen für den öffentlichen Dienst einschließlich Präsidiumsmitgliedschaft des Direktors
- Netzwerk mit den Kanzlerinnen und Kanzlern der Hochschulen für den öffentlichen Dienst
- Landesrektorenkonferenz der Hochschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern
- Konferenz der Hochschulen und Fachbereiche der Polizei (HPK)

Besonderheiten

Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern hat Anfang 2025 ein Zukunftskonzept für die Hochschule beschlossen. Ein zentraler Baustein bei der Umset-

Kontakt:

Adresse: Goldberger Straße 12-13, 18273 Güstrow

E-Mail: d.schwarz@fh-guestrow.de (Presse)

a.litzenberg@fh-guestrow.de (Kooperationen)

Webseite: www.fh-guestrow.de

Social Media:



[@fh_guestrow](https://www.instagram.com/fh_guestrow)



facebook.com/fhguestrow



[@fachhochschulegustrow8587](https://www.youtube.com/@fachhochschulegustrow8587)

Bundesweite Umfrage zum kommunalen Controlling gestartet

PROF. DR. ANDREAS LASAR

Das Controlling ist essenziell für ein transparentes und effizientes kommunales Management. Dennoch gibt es bislang kaum verlässliche Daten darüber, wie Controlling in den Kommunen organisiert ist, welche Aufgaben Controller*innen haben und welche Effekte erzielt werden.

Gemeinsam führen Prof. Dr. Andreas Burth (Ostfalia Salzgitter), Prof. Dr. Andreas Lasar (Hochschule Osnabrück) und Prof. Dr. Robert

Knappe (HWR Berlin) mit Unterstützung der KGSt eine deutschlandweite Online-Umfrage durch. Befragt werden alle Gemeinden in den Flächenländern mit mindestens 25.000 Einwohner*innen sowie sämtliche Landkreise.

Die Ergebnisse erscheinen voraussichtlich Ende 2026 und sollen praxisnahe Erkenntnisse für Entscheidungsträger*innen in Kommunen liefern.

Verwaltungssteuerung mit Predictive Analytics: Startschuss für das Forschungsprojekt PROVIS

ROBERT BRUST

Mit dem Kick Off-Termin am 21.5.2026 wurde der Startschuss zum Forschungsprojekt PROVIS (= Prognosen und Analytik für die Verwaltung zur innovativen Steuerung) der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR Berlin) und der Berliner Hochschule für Technik (BHT) gegeben. In diesem Verbundprojekt werden datenbasierte Prognose- und Steuerungsmethoden systematisch entwickelt und unmittelbar in der Verwaltungspraxis erprobt. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Forschung,

Technologie und Raumfahrt (BMFTR) mit 1,8 Mio. € gefördert und läuft bis einschließlich zum 1. Quartal 2030.

Der Ansatz von PROVIS besteht in Verfahren der Predictive Analytics und Prescriptive Analytics im Rahmen des Verwaltungscontrollings. Dies bedeutet, dass datenbasierte Prognosen (Forecasts) modelliert und in einem Softwaretool abgebildet werden. Die Verwaltung wird so in die Lage versetzt, ihr Planen, Entscheiden und Handeln antizipierend und proaktiv zu gestalten, anstatt situ-

ativ zu reagieren. Die entwickelten Verfahren bieten der Verwaltung eine Entscheidungsunterstützung. Voraussetzung hierfür ist eine belastbare Datenbasis, die im Zuge der Digitalisierung zunehmend vorhanden ist.

Dieses Softwaretool soll den Praxispartnern sowie der breiten Öffentlichkeit am Ende des Projekts rechtfrei als Open-Source-Lösung zur Verfügung stehen. Die Entwicklung knüpft dabei an Erfahrungen aus den Vorgängerprojekten ReComMeND und ReComTrans an: Dort hat das interdisziplinäre Team von HWR Berlin und BHT bereits ein Prognosetool für den öffentlichen Nahverkehr entwickelt und erprobt. PROVIS überträgt diesen Ansatz nun auf das breitere Feld der öffentlichen Verwaltung, konkret mit Praxispartnern aus der Berliner Landesverwaltung. Das Forschungsteam deckt die Disziplinen Öffentliche Betriebswirtschaftslehre, Verwaltungswissenschaft, Mathematik, Statistik und Informatik ab und besteht aus vier Professor*innen, drei wissenschaftlichen Mitarbeitenden sowie studentischen Hilfskräften.

Konkret werden in ausgewählten Handlungsfeldern der Berliner Landesverwaltung - u. a. Ordnungsämter, Gewerberechtsvollzug, Schulwesen und gesamtstädtische Verwaltungssteuerung - exemplarisch Prognoseverfahren konzipiert, modelliert und in die Praxis überführt. Diese Felder decken zentrale Lebensbereiche der Berliner Bevölkerung ab. Dort stehen Steuerungsprozesse im Fokus, an denen mehrere Akteure aus verschiedenen Organisationseinheiten beteiligt sind. Eine besondere Herausforderung besteht somit darin zu untersuchen, wie prognosebasierte Informationen im Zusammenspiel mehrerer Behörden produktiv eingesetzt werden können.

Diese enge Verzahnung von Wissenschaft und Verwaltungs-

praxis ist keine Selbstverständlichkeit, sondern ein strukturelles Merkmal, das die nachhaltige Implementierung der entwickelten Verfahren gewährleisten soll. Zugleich ist das ein schönes Beispiel für das Forschungs- und Transferpotenzial der HöD zur Weiterentwicklung der öffentlichen Verwaltung.

Durch den modellhaften Forschungsansatz sollen die gewonnenen Erkenntnisse verallgemeinerbar sein und auf andere Verwaltungsbereiche übertragen werden können. Die Relevanz von PROVIS reicht somit über den spezifischen Berliner Verwaltungskontext hinaus. Zudem fließen die Ergebnisse in die Hochschullehre ein und stärken die Zusammenarbeit zwischen dem Land Berlin und dem Institut für Verwaltungsforschung und Verwaltungsinnovation (IVVI) der HWR Berlin. PROVIS leistet damit einen konkreten Beitrag dazu, öffentliche Verwaltung datengestützt, wirkungsorientiert und vorausschauend zu gestalten. ▲

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Forschung, Technologie
und Raumfahrt

PROF. DR. ROBERT KNAPPE
PROF. DR. NICOLA WINTER
PROF. DR. JOHN SIEGEL
(HWR BERLIN)

PROF. DR. THOMAS WINTER
(BHT)

Link zur Projekthomepage:

<https://blog.hwr-berlin.de/provis/>

EUROPÄISCHES VERWALTUNGSMANAGEMENT GRUNDLAGEN – PRAKTIKEN – PERSPEKTIVEN

PROF. DR. JOACHIM BECK

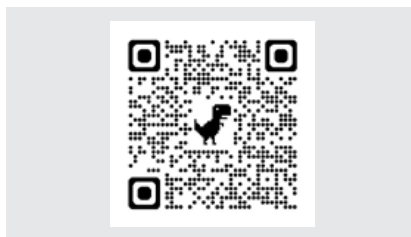
Mit dem Werk „Europäisches Verwaltungsmanagement: Grundlagen – Praktiken – Perspektiven“ legt Prof. Dr. Joachim Beck ein umfassendes Grundlagen- und Referenzwerk zur Entwicklung und Funktionsweise öffentlicher Verwaltung im europäischen Kontext vor. Das 2025 im Nomos-Verlag erschienene Buch verbindet verwaltungswissenschaftliche Theorie mit empirischen Analysen und praxisorientierten Perspektiven für das Management öffentlicher Organisationen in Europa.

Im Zentrum des Bandes steht die Frage, wie sich Verwaltungsmanagement in einem zunehmend integrierten europäischen Verwaltungsraum konzeptionell verstehen und praktisch gestalten lässt. Beck analysiert dazu systematisch die zentralen Dimensionen öffentlichen Managements – Aufgaben-, Organisations-, Personal- und Finanzmanagement – und illustriert diese anhand zahlreicher Beispiele aus der Verwaltungspraxis europäischer Staaten und Institutionen.

Ein besonderes Merkmal des Werkes ist die konsequent europäische Perspektive: Während viele Lehrbücher des Public Managements nationalstaatlich geprägt sind, richtet Beck den Blick auf die Dynamiken der Europäisierung von Verwaltung. Ausgehend von Analysen auf der Makro- und Mikroebene – also sowohl der institutionellen Ebene europäischer Organisationen als auch der Ebene nationaler und regionaler Verwaltungen – entwickelt er Ansätze für



© Joachim Beck



ein eigenständiges Konzept eines „Europäischen Verwaltungsmanagements“.

Die Publikation basiert auf einem umfangreichen Forschungsprojekt zu institutionellen Dynamiken im europäischen Verwaltungsraum. Empirische Untersuchungen wurden unter anderem in Kooperation mit europäischen Institutionen wie dem Europarat, der Europäischen Kommission sowie verschiedenen nationalen Verwaltungen durchgeführt. Dadurch verbindet der Band wissenschaftliche Analyse mit einem hohen Maß an Praxisnähe und internationaler Vergleichsperspektive.

Mit über 1.200 Seiten ist das Werk zugleich ein Nachschlage-

werk für Forschung und Lehre wie auch ein Orientierungsrahmen für die Praxis des öffentlichen Sektors. Für Hochschulen für den öffentlichen Dienst bietet es eine fundierte Grundlage, um Studierenden die Herausforderungen moderner Verwaltung zwischen nationaler Verantwortung, europäischer Integration und transnationaler Zusammenarbeit zu vermitteln. Gleichzeitig eröffnet es Verwaltungspraktikerinnen und -praktikern neue Perspektiven auf Governance-Strukturen, Reformansätze und Managementinstrumente im europäischen Kontext.

Der Autor, Prof. Dr. Joachim Beck, ist Professor für Verwaltungsmanagement, Rektor der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl sowie Mitinitiator und Ko-Sprecher des Praxis- und Forschungsnetzwerks der RKHÖD. Seine langjährige Forschung zur europäischen Verwaltungszusammenarbeit sowie zur grenzüberschreitenden Kooperation prägt auch dieses Werk.

Die Publikation stellt einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung der angewandten Verwaltungswissenschaft dar. Sie verbindet Grundlagenwissen, empirische Forschung und praxisorientierte Perspektiven und zeigt, wie Verwaltung im europäischen Mehrebenensystem künftig gestaltet und gesteuert werden kann. Für Studiengänge des Public Management, Forschungseinrichtungen und die Praxis des öffentlichen Dienstes dürfte der Band damit zu einem zentralen Referenzwerk werden. ▲

Tanz trifft Wissenschaft – Veranstaltungsreihe stärkt den Dialog zwischen Kunst, Verwaltung und Gesellschaft



© HS Harz, Tim Bruns

**DR. MANDY EBERS,
TIM BRUNS**

Wenn sich zeitgenössischer Tanz zwischen Bücherregalen entfaltet und ein Lesesaal zur Bühne wird, entstehen ungewohnte Perspektiven auf bekannte Räume. Genau hier setzt das Kooperationsformat „Tanz trifft Wissenschaft“ an, das der Fachbereich Verwaltungswissenschaften der Hochschule Harz gemeinsam mit der Tanzkompanie des Harztheaters, TanzHarz, entwickelt hat.

Was zunächst wie ein künstlerisches Experiment anmutet,

erweist sich bei näherer Betrachtung als beispielhaftes Modell für interdisziplinäre Zusammenarbeit – insbesondere im Kontext eines Fachbereichs, der auf den ersten Blick wenig mit darstellender Kunst verbindet. Ziel der Reihe ist es, den Campus bewusst als offenen Raum für kulturellen Austausch zu etablieren. Damit verbunden ist die Idee, unterschiedliche Akteursgruppen zusammenzubringen – Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Kunstschaaffende sowie

die Stadtgesellschaft. Die Hochschule wird so nicht nur zum Ort der Wissensvermittlung, sondern zugleich zur Plattform für Begegnung und Dialog.

Gerade die Verbindung von Tanz und Verwaltungswissenschaften eröffnet dabei neue Denkräume. Prof. Dr. André Niedostadek, Beauftragter für Öffentlichkeitsarbeit des Fachbereichs, bringt diesen Ansatz auf den Punkt: „Tanz trifft Wissenschaft ist ein außergewöhnliches Projekt, da es Dinge zusammenbringt, die auf

den ersten Blick gar nicht richtig zusammenpassen – Tanz und Wissenschaft. Dabei verbindet beides eine ganze Menge.“ Er verweist insbesondere auf zwei gemeinsame Grundlagen: Kreativität und Disziplin. Beide seien essenziell, um auf komplexe gesellschaftliche Herausforderungen zu reagieren. Während wissenschaftliche Arbeit zunehmend innovative Lösungsansätze erfordert, lebt auch der zeitgenössische Tanz von kreativen Prozessen, die neue Ausdrucksformen hervorbringen. Gleichzeitig eint beide Bereiche ein hohes Maß an strukturiertem Arbeiten und methodischer Präzision.

Ein weiterer zentraler Baustein der Kooperation ist ein interdisziplinäres Kunstprojekt an der Schnittstelle von Tanz, Fotografie und bildender Kunst. Initiiert durch den Medieninformatiker Tim Bruns wurden Tänzerinnen und Tänzer von TanzHarz fotografisch begleitet; die daraus entstandenen Arbeiten wurden anschließend in einem inklusiven künstlerischen Prozess weitergeführt. In Zusammenarbeit mit dem Malwerk der Evangelischen Stiftung Neinstedt entstanden auf Basis dieser Fotografien neue Werke, die die ursprünglichen Motive nicht einfach übertragen, sondern eigenständig interpretieren und fortschreiben. In diesem offenen Prozess überlagern sich unterschiedliche Perspektiven, Erfahrungen und künstlerische Handschriften – ein Beispiel dafür, wie Kooperation nicht nur zwischen Disziplinen, sondern auch zwischen unterschiedlichen Lebensrealitäten produktiv werden kann.

Diese Perspektive aus der Wissenschaft findet ihr Pendant in der künstlerischen Sichtweise. Für den künstlerischen Leiter von TanzHarz, Tarek Assam, ist Tanz mehr als ästhetische Praxis – er versteht



ihn als gesellschaftliches Medium. Tanz könne, so Assam, Erfahrungsräume öffnen, ohne auf Sprache angewiesen zu sein, und damit neue Zugänge zu komplexen Themen schaffen. Gerade die Zusammenarbeit mit einer Hochschule biete hierfür einen neuen Resonanzraum.

Das Besondere des Formats zeigt sich nicht zuletzt in den Begegnungen, die über die Aufführungen hinaus entstehen. Im Anschluss an die Veranstaltungen entwickeln sich Gespräche zwischen Disziplinen und Personengruppen, die im Alltag selten in direkten Austausch treten. Damit wird ein zentrales Anliegen der Reihe sichtbar: die Schaffung eines offenen Kommunikationsraums jenseits klassischer Formate. Langfristig zielt die Kooperation darauf ab, diese Form des Austauschs zu verstetigen und weiter auszu-

bauen. Hochschule und Theater verstehen sich dabei zunehmend als komplementäre Orte – als „Wissenschafts-“ und „Kulturraum“, die gemeinsam gesellschaftliche Diskurse anstoßen und neue Formen der Zusammenarbeit erproben.

Das Projekt zeigt, wie Kooperation zwischen Kunst und Wissenschaft nicht nur neue Perspektiven schafft, sondern auch einen nachhaltigen Beitrag zur regionalen und gesellschaftlichen Vernetzung leisten kann. Ein begleitendes Video bietet zusätzliche Einblicke in die Zusammenarbeit und die Dynamik dieses besonderen Formats und ist auf dem YouTube-Kanal der Hochschule Harz verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=3-oPoHlgx0E&t=10s>. ▲

Das Projekt Wissenstransfer an der FHöVPR



STABSSTELLE FORSCHUNG UND TRANSFER

An der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Güstrow wird aktuell an einem Konzept für die Durchführung von Wissenstransfer bei Offboardingprozessen gearbeitet.

Ziel ist es, den Herausforderungen des durch den demografischen Wandel bestärkten Personalwechsels und dem damit einhergehenden drohenden Verlust von Wissen entgegen zu wirken. Mithilfe des Wissenstransfers soll wichtiges, im Laufe der Zeit gewonnenes Erfahrungswissen der ausscheidenden Mitarbeitenden gesammelt, gesichert, strukturiert und somit für Nachfolgende nutz-

bar gemacht werden. Neben der Minimierung des Wissensverlustes soll dadurch zudem die Phase der Übergänge optimiert und die Einarbeitung neuer Kolleginnen und Kollegen erleichtert werden. Im Fokus stehen dabei vor allem implizites Wissen, also individuelle Erfahrungen, Wissen über Abläufe und deren Anwendung Kontextwissen und Kontakte, die den Arbeitsalltag prägen, ohne dass sie bislang dokumentiert oder über Berufsbeschreibungen o. Ä. erfassbar sind.

Um dieses Wissen nachhaltig dokumentieren zu können, ist Wissensmanagement notwendig. Der dafür entwickelte Prozess besteht aus drei Phasen. Die erste

Phase des Wissenstransfers soll idealerweise etwa drei Jahre vor dem Ausscheiden der wissensgebenden Person beginnen. Diese Phase dient zur Wissensermittlung und zur Strukturierung des vorhandenen Wissens. In der zweiten Phase, etwa ein bis zwei Jahre vor dem Austritt, soll das gesammelte Wissen aufbereitet werden, damit in der anschließenden letzten Phase, etwa ein halbes Jahr bis einen Monat vor dem Austritt der wissensgebenden Person, der Transfer des Wissens – die sogenannte Wissensvermittlung – mithilfe geeigneter Methoden erfolgen kann.

Während des Prozesses wird die wissensgebende Person von einer Transferbegleitung unterstützt.

Transferbegleitungen werden in Kooperation mit den jeweiligen Führungskräften ausgewählt und stellen die Schnittstelle zwischen Wissensgebenden und -empfangenden dar.

Für die methodische Begleitung des Wissenstransfers wurde der im Vorgängerprojekt „Wissensmanagement in der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern“ entwickelte Werkzeugkoffer – eine Sammlung hilfreicher Methoden und Materialien – aufbereitet und weitergeführt. Der flexible Werkzeugkoffer beinhaltet Erklärungen und Handreichungen zu den verschiedenen Methoden des Wissensmanagements und ermöglicht so eine Strukturierung des Prozesses sowie individuell angepasste Maßnahmen und Betreuungen. Je nach Phase des Wissenstransferprozesses stellt der Werkzeugkoffer verschiedene Methoden bereit, die flexibel kombiniert werden können. Die bereitgestellten Methoden variieren dabei von auditiven oder visuellen Methoden (z.B. Podcasts, (Lehr-)Videos, Mindmaps), über schriftliche Methoden (z.B. Handbücher oder Interviews) zu Methoden des direkten Kontaktes (z.B. World Cafés oder Mentoringprogramme). Der Werkzeugkoffer ist so gestaltet, dass der Prozess des Wissenstransfers selbstständig zusammen mit der Wissenstransferbegleitung durchgeführt werden kann.

Aktuell wird das ausgearbeitete Konzept in den ersten Pilotprojekten in verschiedenen Bereichen der Fachhochschule angewendet und getestet. So fand im April das erste Leitfadeninterview statt; weitere Methoden sollen folgen. ▲

Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Polizei – Kooperation und Dialog in Mecklenburg-Vorpommern an der FHöVPR

**ASTRID SAIDI,
IRIS MAHNKE,
MARIA-LUISA WAßMANN**

Das Projekt – organisatorischer Hintergrund

Im Spätsommer 2025 ist an der FHöVPR MV (künftig HöD MV) das Projekt „Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Polizei – Kooperation und Dialog in Mecklenburg-Vorpommern“ gestartet. Es knüpft an ein Vorgängerprojekt aus den Jahren 2023/24 an, damals verantwortet und koordiniert von der Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz an der Landeszentrale für politische Bildung MV (LKS/LpB). An der FHöVPR ist das Projekt nun nach der knapp einjährigen Pause am Fachbereich Polizei angesiedelt und wird unter Leitung von Maria-Luisa Waßmann von Iris Mahnke als Projektkoordinatorin und Astrid Saidi als Projektmitarbeiterin erneut mit Leben gefüllt. Gefördert wird das Projekt durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“.

Ziele und Aufgaben

Der Wechsel an die Hochschule hat sowohl inhaltliche als auch strategische Gründe: denn das

zentrale Ziel des Projekts ist es, das Vertrauen zwischen Zivilgesellschaft und Polizei in Mecklenburg-Vorpommern nachhaltig zu stärken und auf ein stabiles Fundament zu stellen. Konkret konzentriert sich das Projekt auf drei Kernaufgaben:

- Einbindung von Perspektiven, Themen und Expertise der zivilgesellschaftlichen Träger des Beratungsnetzwerks Demokratie und Toleranz (LKS/LpB) in die polizeiliche Aus- und Fortbildung
- Analyse und Darstellung von Zuständigkeiten, Ansprechpartner:innen und Verfahrenswege auf Landes- und regionaler Ebene
- Stärkung der Radikalisierungsprävention im Bereich (digitaler) Hasskriminalität

Die Hochschule bietet dafür ideale Voraussetzungen: Zum einen ist sie der Ort, an dem die Aus- und Fortbildung der Polizei MV stattfindet, zum anderen ist die Hochschule für die zivilgesellschaftlichen Träger und Fachstellen des Beratungsnetzwerks ein Ort der Kooperation, in dem sie ihre Expertise

in Lehre und Fortbildungen einbringen. Inhaltlich geht es um die Stärkung der Demokratie auf allen Ebenen. Insbesondere gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (z. B. vorurteilsgeleitete Hasskriminalität) sowie die Phänomenbereiche Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind Themen der Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten aus Zivilgesellschaft und Polizei. Angebunden an die Hochschule bietet sich somit ein geeigneter Rahmen, um in intensiven Diskussionen, offenem Austausch und in gemeinsamen Arbeiten an konkreten Fallbeispielen Verständnis für die Perspektiven, Rollen und Handlungslogiken der jeweils anderen Struktur weiterzuentwickeln. Angesichts von anhaltenden Polykrisen, gesellschaftlichen Spannungen, Transformationsprozessen und zunehmender Polarisierung kommt dem eine enorme Bedeutung zu.

Struktur und Umsetzung

Die konkrete Ausgestaltung des Projektes lebt von langfristiger Partizipation und arbeitet daher mit einem festen Teilnehmendenkreis zusammen, der aus Vertreter:innen der zivilgesellschaftlichen Träger des Beratungsnetzwerkes MV und Polizeibeamt:innen sowie einer Vertretung aus dem Innenministerium MV besteht. Die Teilnehmenden treffen sich in der Hochschule zu regelmäßigen, mehrstündigen Klausuren. In Berichten aus dem aktuellen Arbeitsalltag zum jeweiligen Projektthema, fachlichen Inputs und gemeinsamer Gruppenarbeit wird das Handeln der jeweils anderen Struktur, das zuvor oftmals als Blackbox wahrgenommen wurde, transparenter. Teilnehmende erleben in der gemeinsamen Diskussion immer wieder Aha-Effekte etwa über institutionelle Zwänge und

Handlungslogiken der Polizei oder hinsichtlich der Perspektive der zivilgesellschaftlichen Träger, die Bedürfnisse und Konsequenzen für die Betroffenen priorisiert. „Polizei ist nur ein Player von vielen, es braucht die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft“, stellte in einer der ersten Arbeitssitzungen ein polizeilicher Teilnehmer fest. Solche Einsichten öffnen die Perspektive und stärken die Bereitschaft aller, den Austausch aktiv und konstruktiv mitzugestalten. Dies ist elementar für ein solches partizipatives Format.



„Vertrauen muss wachsen“ (© FHöVPR)

Wirkung

Im Ergebnis entstehen Ideen und Verabredungen zu gemeinsamen Initiativen z. B. um Präventionsarbeit in der Schule wirksam und messbar zu gestalten. Berichte gelungener Zusammenarbeit werden z. B. im Intranet der Landespolizei oder in Fachpublikationen veröffentlicht und damit als Best-Practice-Beispiele über den originären Teilnehmerkreis hinaus in die Breite getragen. Zudem wird

die Möglichkeit digitaler Workshops und Inputs durch die zivilgesellschaftlichen Träger in den Polizeidienststellen – und umgekehrt – von den Akteur:innen erörtert und nachgefragt. Insgesamt berichten die Teilnehmenden von einer verbesserten Vorstellung der jeweiligen Arbeitsabläufe, z. B. hinsichtlich des beruflichen Handelns und der Informationsweitergabe. So werden Unsicherheiten und Missverständnisse vermieden und die engere Zusammenarbeit gefördert. Spürbar werden diese im Projektverlauf erzielten Fortschritte auch atmosphärisch: in einem entspannten Austausch und miteinander während der Sitzungen und in den Pausen, bei denen auch kontroverse Themen nicht ausgespart werden.

Fazit

Der erfolgreiche Neustart zeigt: Die Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Polizei ist nicht nur notwendig, sondern wirksam – wenn sie kontinuierlich, strukturiert und auf Augenhöhe gestaltet wird. Vertrauen und Vernetzung als zentrale Voraussetzungen für eine gelingende Zusammenarbeit wurden nachhaltig gestärkt und tragen damit zu einer gelebten Demokratiekultur bei. Projekte wie dieses unterstützen damit gleichzeitig die Bedeutung der Hochschulen des öffentlichen Dienstes in einem modernen und der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verpflichteten Staat. Denn nur gemeinsam gelingt uns der beste Schutz für die Demokratie. ▲

Weitere Informationen unter:

www.fh-guestrow.de/hochschule/projekte/zivilgesellschaft-und-polizei

Forschungsprojekt „Die Rolle der Sozialwissenschaften in der Ausbildung an den Hochschulen des öffentlichen Dienstes“

CHRISTINA SCHUH,
CHRISTIAN BAUER

Im Rahmen eines Forschungsprojekts zur Rolle der Sozialwissenschaften in der Ausbildung an den HöD wollen Prof. Dr. Christian Bauer und Prof. Dr. Christina Schuh herausfinden, welche Rolle die Vermittlung sozialwissenschaftlicher Kompetenzen in der Ausbildung an den HöD einnimmt und wie diese mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen im öffentlichen Dienst verbessert werden kann.

Der Großteil der Studiengänge an den Hochschulen für den öffentlichen Dienst (HöD), die auf eine Laufbahn im gehobenen Dienst vorbereiten, ist interdisziplinär an-

gelegt. Diese Interdisziplinarität spiegelt die unterschiedlichen beruflichen Anforderungen wider, mit denen man sich im Verwaltungsalltag konfrontiert sieht.

In den juristischen Fächern ist der Kanon, den der gehobene Dienst beherrschen sollte, relativ einfach abzustecken. Hierzu gehört beispielsweise das allgemeine Verwaltungsrecht und danach je nach Studiengang Kommunalrecht, Sozialrecht oder polizeiliches Einsatzrecht.

Mit Blick auf die Sozialwissenschaften stellt sich die Frage, was das adäquate Maß für die Ausbil-

dung in Bezug auf die empirische Datenerhebung und Analyse ist. Bei einer Betrachtung der Curricula der unterschiedlichen Studiengänge an den HöD reicht die Bandbreite von zwanzig Lehrveranstaltungsstunden im Grundstudium zur Vermittlung von Statistikkompetenzen bis zu zwei Semesterwochenstunden im Grund- und Hauptstudium als Fach empirische Methoden.

Zur Erfassung des Status Quo wurde im Rahmen des Forschungsprojekts eine Online-Befragung durchgeführt, an der sich 42 Kolleginnen und Kollegen aus der sozialwissenschaftlichen Lehre an

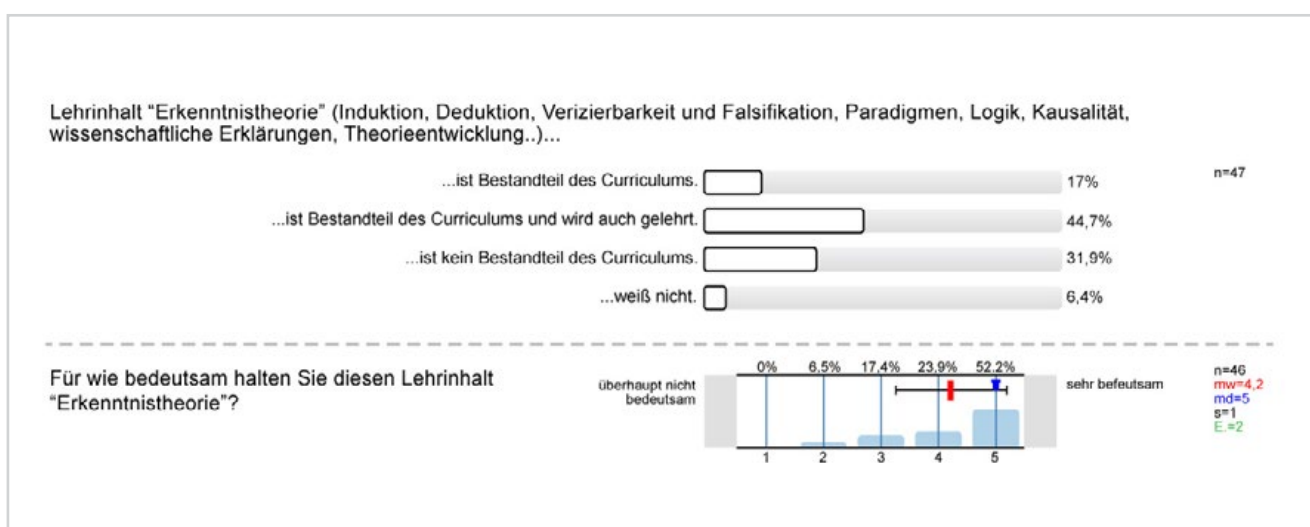


Abbildung 1: Befragungsergebnisse Bereich Grundlagen

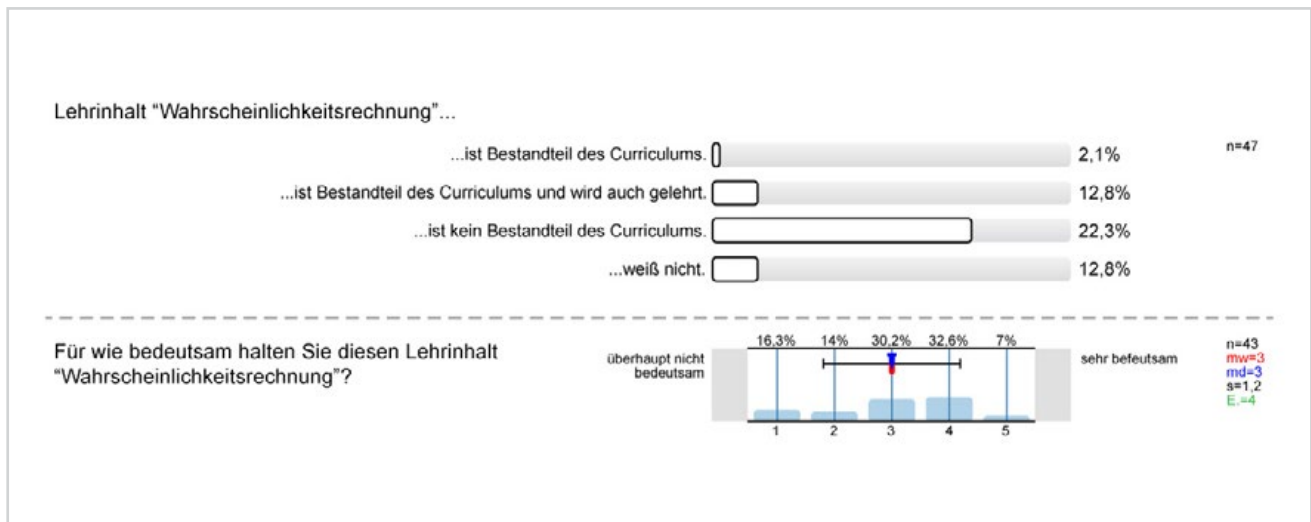


Abbildung 2: Befragungsergebnisse Bereich Inferenzstatistik

unterschiedlichen HöD beteiligt haben. Hierbei wurden zu unterschiedlichen Themengebieten (Erkenntnistheorie, Forschungsdesign, quantitative und qualitative Methoden etc.) abgefragt, was Bestandteil des Curriculums ist, was tatsächlich auch gelehrt wird und wie man die Relevanz einschätzt.

Abbildung 1 zeigt beispielhaft die Befragungsergebnisse zur „Erkenntnistheorie“ aus dem Bereich „Grundlagen der empirischen Sozialwissenschaften“. Während hier überwiegend Einigkeit unter den Befragten herrscht, wie bedeutsam diese Inhalte sind, und sie auch in zwei Dritteln der Curricula vorkommen, zeigen die Ergebnisse aus dem Bereich „Inferenzstatistik“ ein anderes Bild. Abbildung 2 verdeutlicht am Beispiel des Inhalts „Wahrscheinlichkeitsrechnung“, dass die Bedeutsamkeit unter den Befragten sehr heterogen bewertet wird und sich auch nur in knapp 15 % der Curricula widerspiegelt.

In den Freitextfeldern wurde mehrfach angemerkt, dass sozialwissenschaftliche Lehrinhalte auf unterschiedliche Module aufgeteilt seien und in der Regel nur einen untergeordneten Stellenwert und Zeitansatz in den verwaltungsinternen Studiengängen

einnehmen würden. Dies führe dazu, dass Studierende mitunter Probleme beim Auffinden, Lesen, Verstehen und Rezipieren von wissenschaftlichen Texten, vor allem empirischen Studien, hätten.

Zur Diskussion der Befragungsergebnisse wurde am 22. Juni 2026 ein Online-Workshop durchgeführt, der als Ausgangspunkt für einen regelmäßigeren Austausch zwischen den Lehrenden aus den Sozialwissenschaften an den HöD dienen soll, um best practices zu identifizieren, um die Studierenden auf die sich verändernde Verwaltungswelt mit den dafür erforderlichen Methodenkompetenzen vorzubereiten.

Wer Interesse an den Gesamtergebnissen der Befragung hat, kann sich gerne an christian.bauer@hsbund.de oder christina.schuh@hsbund.de wenden. ▲

Vernetzt für mehr Sicherheit: Das Forschungsnetzwerk Sicherheit und Polizei (FoSiPol) nimmt seine Arbeit auf

Vier Hochschulen für den öffentlichen Dienst bündeln ihre Kräfte und stärken damit polizeiliche Forschung, Wissenstransfer sowie hochschulübergreifende Zusammenarbeit



Das Forschungsnetzwerk Sicherheit und Polizei bei seinem Auftakttreffen an der Thüringer Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Polizei in Meiningen (© Forschungsnetzwerk Sicherheit und Polizei)

DR. HENRIK DOSDALL, Thüringer Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Polizei; Leiter der Forschungsstelle der Thüringer Polizei

DR. ANNE MELZER, Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege des Landes Mecklenburg-Vorpommern; stellvertretende Direktorin für Lehre und Forschung

DR. BENJAMIN RAMPP, Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz; Leiter der Koordinierungsstelle polizeiliche Forschung

PROF. DR. KRISTIN WOLF, Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit; Leiterin des Instituts für Kriminologie und Präventionsforschung

Wenn Polizistinnen und Polizisten ihren Dienst ausüben, greifen sie auf Wissen zurück, das in verschiedenen Kontexten erarbeitet wurde – in Seminaren, Studien und Forschungsprojekten. Doch wie gelangt dieses Wissen verlässlich von

der Forschung in die Praxis? Und wie lassen sich Forschungsdaten so verwalten bzw. teilen, dass sie langfristig ihren Wert behalten?

Genau an diesen Fragen setzt das neu gegründete Forschungsnetzwerk Sicherheit und Polizei (FoSiPol) an. Das Projekt wurde im Rahmen

des HöD-Ideenwettbewerbs für mehr Kooperation unter den Hochschulen für den öffentlichen Dienst eingereicht und von der Jury zur Förderung ausgewählt. Damit ist FoSiPol eines von zwei Projekten, die im Jahr 2026 mit Mitteln des Fördervereins realisiert werden.

Ein Wettbewerb, der Kooperation fördert

Der HöD-Ideenwettbewerb ist eine Initiative der Rektorenkonferenz und des Fördervereins der Hochschulen für den öffentlichen Dienst. Ziel des Wettbewerbs ist es insbesondere, die Kooperation zwischen den Hochschulen für den öffentlichen Dienst zu stärken und bislang ungenutzte Potenziale zu erschließen. FoSiPol erhält einen Förderbetrag von 7.500 Euro und hat damit die Chance, aus einer Projektidee eine dauerhafte institutionelle Struktur zu entwickeln.

Hinter FoSiPol stehen vier Hochschulen für den öffentlichen Dienst:

- die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege des Landes Mecklenburg-Vorpommern (projektverantwortlich: Dr. Anne Melzer, stellvertretende Direktorin für Lehre und Forschung),
- die Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (projektverantwortlich: Prof. Dr. Kristin Wolf, Leiterin des Instituts für Kriminologie und Präventionsforschung),
- die Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz (projektverantwortlich: Dr. Benjamin Rampp, Leiter der Koordinierungsstelle polizeiliche Forschung) sowie
- die Thüringer Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Polizei (projektverantwortlich: Dr. Henrik Dosdall, Leiter der Forschungsstelle der Thüringer Polizei).

Alle vier Institutionen eint das Bestreben, polizeiliche Forschung systematisch in die Aus- und Fortbildung der Polizei zu integrieren

und darüber hinaus in die Fachöffentlichkeit zu tragen.

Was FoSiPol konkret vorantreiben will

Das Netzwerk hat drei inhaltliche Schwerpunkte definiert, die sowohl für die Wissenschaft als auch für die Praxis unmittelbar relevant sind.

ERSTENS:

Wissenstransfer zwischen Forschung und Lehre

Forschungsergebnisse sollen in Lehrmaterialien, Fallstudien und Seminarformaten ihren Weg zu den Auszubildenden, Studierenden bzw. Kolleginnen und Kollegen in der Praxis finden. Dafür braucht es Konzepte: Wie werden Erkenntnisse so aufbereitet, dass sie in Lehr- und Fortbildungsveranstaltungen tatsächlich nutzbar sind? Wie können Auszubildende bzw. Studierende an laufender Forschung teilhaben? Welche Formate eignen sich für den Austausch zwischen Hochschulen, die zwar das gleiche Fachgebiet teilen, aber in unterschiedlichen Bundesländern bzw. institutionellen Kontexten verankert sind?

FoSiPol will gemeinsam Antworten auf diese Fragen erarbeiten und dabei von den unterschiedlichen Erfahrungen der Partnerhochschulen profitieren.

ZWEITENS:

Wissenstransfer in die Fachöffentlichkeit

Die vier Hochschulen produzieren in verschiedenen Kontexten wissenschaftliche Erkenntnisse, die für Polizeibehörden, Sicherheitspolitik und gesellschaftliche Debatten relevant sind. Bisher mangelt es jedoch oftmals an systematischen Wegen, dieses Wissen sichtbar zu machen. FoSiPol wird Möglich-

keiten und Ansätze eruieren, wie Forschungsergebnisse zielgruppenspezifisch kommuniziert werden können und welche Formate geeignet erscheinen, um sowohl Praktikerinnen und Praktiker in Behörden als auch die interessierte Öffentlichkeit zu erreichen.

DRITTENS:

Forschungsdatenmanagement

Eine zentrale Grundlage für Forschung und ihren Transfer in die Praxis ist ein professionelles Forschungsdatenmanagement. Wer Forschungsdaten nicht sorgfältig dokumentiert, archiviert und für Dritte zugänglich macht, riskiert, dass wertvolles Wissen verloren geht oder nicht nachgenutzt werden kann. Im Bereich der polizeilichen Forschung kommt hinzu, dass besondere rechtliche und ethische Anforderungen sowie teilweise Verschwiegenheitspflichten gelten.

FoSiPol will deshalb gemeinsam Strategien und Standards entwickeln, die ein nachhaltiges Forschungsdatenmanagement ermöglichen – angepasst an die spezifischen Bedingungen der beteiligten Hochschulen sowie in landesübergreifender Kooperation.

Wie FoSiPol arbeitet

Für den Projektzeitraum von zwölf Monaten sind unter anderem regelmäßige Netzwerktreffen und gemeinsame Veranstaltungen vorgesehen, bei denen nicht nur fachliche Inhalte ausgetauscht, sondern auch die persönlichen und institutionellen Verbindungen gestärkt werden sollen. Mithilfe der Integration externer Expertisen sollen auf dieser Grundlage Konzepte, Strategien und konkrete Formate für die zuvor genannten inhaltlichen Schwerpunkte des Netzwerks entwickelt werden.

Darüber hinaus sind Publikationen vorgesehen, um die erarbeiteten Konzepte und Diskussionen einer breiteren Fachöffentlichkeit zugänglich zu machen.

Was FoSiPol von einem gewöhnlichen Forschungsprojekt unterscheidet, ist sein explizites Ziel der Institutionalisierung. Das Netzwerk soll langfristig bestehen bleiben, wachsen – möglicherweise weitere Hochschulen und Akteure einschließen – und zu einem festen Bestandteil der Forschungslandschaft im Bereich Sicherheit und Polizei in Deutschland werden.

Damit verfolgt das Netzwerkprojekt die Philosophie des HöD-Ideenwettbewerbs, dass Vernetzung im Bereich polizeilicher Bildung und Forschung nicht nur wünschenswert, sondern notwendig ist. ▲

Die Planübungsplatte an der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg - zwischen taktischer Ausbildung und Persönlichkeitsbildung

POLIZEIDIREKTOR JÜRGEN RENZ, Dozent und Prodekan
im Amt, Hochschule für Polizei Baden-Württemberg



Gesamtübersicht-Planübungsplatte (© Jürgen Renz)

Die Hochschulen für den öffentlichen Dienst stehen vor der Herausforderung, Fachwissen, Handlungssicherheit und Persönlichkeitsentwicklung gleichermaßen zu fördern. Gerade in der Polizeiausbildung reicht eine rein theoretische Wissensvermittlung nicht aus. Einsatzlagen sind komplex, dynamisch und häufig von Zeitdruck, Unsicherheit und unvollständigen Informationen geprägt. Gleichzeitig gewinnen Teamfähigkeit, Kommunikationskompetenz und kooperatives Handeln im polizeilichen Alltag zunehmend an Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund wurde an der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg (HfPolBW)

eine sogenannte Planübungsplatte entwickelt und nach umfangreichen Tests sowie mehreren wissenschaftlichen Arbeiten als ergänzendes Lerntool für das taktische Vorgehen eingeführt. Inzwischen ist sie fest in den Lehrplänen verankert und wird regelmäßig in unterschiedlichen Ausbildungsformaten eingesetzt.

Die Planübungsplatte bildet auf einer Fläche von fünf mal fünf Metern unterschiedlichste Einsatzorte und Szenarien im Maßstab 1:87 ab. Mit zahlreichen Gebäuden, Fahrzeugen, Einsatzobjekten, Figuren und Infrastruktur können nahezu unbegrenzt polizeiliche Einsatzlagen dargestellt werden – von Verkehrsunfällen und Gefahr-

gutlagen bis hin zu Amoklagen, Fahndungssituationen oder Versammlungsgeschehen.

Ursprünglich lag der Schwerpunkt auf der Förderung taktischer Kompetenzen. Die Studierenden sollten lernen, komplexe Einsatzlagen zu analysieren, Maßnahmen zu planen, Kräfte zu koordinieren und Entscheidungen nachvollziehbar zu treffen. Die Kombination aus visueller Darstellung, haptischer Interaktion und gemeinsamer Lagebesprechung erwies sich dabei als besonders lernwirksam. Wissenschaftliche

Entscheiden. Vor allem bei der Beurteilung der Lage und der Entschlussfassung im Planungs- und Entscheidungsprozess wird dies besonders deutlich. Einsatzlagen werden nicht isoliert bearbeitet, sondern im Team analysiert und diskutiert. Unterschiedliche Sichtweisen müssen zusammengeführt, Entscheidungen begründet und Maßnahmen gemeinsam getragen werden. Dadurch entstehen Lernprozesse, die nicht nur fachliche Kompetenzen stärken, sondern auch soziale Fähigkeiten fördern.

te zentrale Kompetenzen, die für die Persönlichkeitsentwicklung von besonderer Bedeutung sind: Kommunikationsfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein, Kooperationsfähigkeit, Reflexionsvermögen und professionelles Auftreten.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt liegt in der Fehlerkultur. Die Übungen an der Planübungsplatte ermöglichen es, Entscheidungen und Handlungsalternativen in einem Schonraum offen zu besprechen, ohne reale Gefährdungen oder persönliche Schuldzuweisungen. Fehler werden nicht als



Szenarien: Jedes Team bekommt unterschiedliche Einsatzmittel



Lagebewältigung gemeinsam im Team



Diskussion im Team

© Jürgen Renz

Untersuchungen mittels Bachelorarbeiten sowie Evaluationen mit Studierenden, Einsatzkräften und Führungspersonen zeigten früh, dass die Planübungsplatte handlungsorientiertes und praxisnahes Lernen unterstützt.

Im Verlauf der praktischen Nutzung wurde jedoch deutlich, dass die Planübungsplatte weit über ein reines Instrument zur Vermittlung taktischer Inhalte hinausgeht. Sie entwickelt sich Schritt für Schritt zu einem Medium der Persönlichkeitsbildung und Persönlichkeitsentwicklung.

Die Arbeit an der Planübungsplatte erfordert Kommunikation, Abstimmung und gemeinsames

Besonders auffällig ist die Entwicklung des Teamgeistes innerhalb der Lerngruppen. Die Studierenden erleben, dass erfolgreiche Einsatzbewältigung nur durch Zusammenarbeit möglich ist. Sie lernen, Verantwortung zu übernehmen, andere Meinungen einzubeziehen und unter Zeitdruck konstruktiv zu kommunizieren. Gleichzeitig werden Führungsfähigkeiten sichtbar. Wer eine Lage führt, muss priorisieren, strukturieren und verständlich kommunizieren. Wer Teil eines Teams ist, muss Informationen weitergeben, Unterstützung anbieten und Entscheidungen mittragen. Damit unterstützt die Planübungsplat-

Scheitern verstanden, sondern als Lernchance.

Auch unter den Bedingungen des demografischen Wandels und der zunehmenden Digitalisierung zeigt sich die besondere Stärke der Methode. Gerade bei Angehörigen der jungen "Generation Z", die stark mit digitalen Kommunikations- und Lernformaten aufgewachsen sind, zeigen sich im Ausbildungsalltag teilweise Herausforderungen bei unmittelbarer persönlicher Kommunikation, gemeinsamer Entscheidungsfindung und teamorientierter Zusammenarbeit. Digitale Medien ermöglichen zwar einen schnellen Informationsaustausch, ersetzen jedoch nicht die

Erfahrung direkter Abstimmungsprozesse unter Zeitdruck und in komplexen Einsatzsituationen. Die Arbeit an der Planübungsplatte schafft hierfür einen geschützten Lernraum, in dem soziale Interaktion, gemeinsame Verantwortung und kooperative Entscheidungsprozesse bewusst eingeübt und reflektiert werden können. Während digitale Lernformate häufig individualisiert und technisch geprägt sind, schafft die Planübungsplatte einen analogen Lernraum für unmittelbare Interaktion und Zusammenarbeit. Sie verbindet moderne didaktische Ansätze mit persönlicher Kommunikation und gemeinschaftlichem Lernen.

Gleichzeitig bleibt die Methode offen für digitale Ergänzungen. An der HfPolBW wurden bereits QR-Code-basierte Zusatzinformationen erfolgreich getestet. Lageinformationen, Kartenmaterial, Funkmeldungen oder Videosequenzen können dadurch flexibel eingebunden werden, ohne den haptischen Charakter der Planübungsplatte zu verdrängen. So entsteht eine Verbindung aus analogem und digitalem Lernen, die Praxisnähe und Flexibilität gleichermaßen unterstützt.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen deutlich, dass die Planübungsplatte nicht nur ein taktisches Ausbildungsinstrument ist, sondern auch einen wertvollen Beitrag zur Persönlichkeitsbildung leisten kann. Sie fördert Teamarbeit, Kommunikationsfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein und Reflexionskompetenz.

Die Planübungsplatte der HfPolBW verdeutlicht damit beispielhaft, wie innovative Lehr- und Lernformate dazu beitragen können, fachliche Ausbildung und Persönlichkeitsentwicklung miteinander zu verbinden. ▲

PERSONEN

Neu an Bord!

**Prof. Dr. Berit Adam - Dekanin des
Fachbereichs Allgemeine Verwaltung**



© pixelanddotphotography

Prof. Dr. Berit Adam ist seit 2008 Professorin für Public Management, insbesondere Finanzmanagement im öffentlichen Sektor, an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR Berlin). Sie studierte Betriebswirtschaftslehre an der Universität Hamburg und promovierte an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer bei Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Lüder im Bereich des öffentlichen Rechnungswesens. Frau Prof. Adam ist Mitglied im internationalen Forschungsnetzwerk „Comparative International Governmental Accounting Research“ und im Wissenschaftsnetzwerk der KGSt. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich des nationalen und internationalen öffentlichen Rechnungswesens sowie des Rechnungswesens von Nonprofit Organisationen. Seit Dezember 2025 ist sie Dekanin des Fachbereichs 3 Allgemeine Verwaltung an der HWR Berlin.

Neu an Bord!

Prof. Dr. Andreas Kremer – Rektor der Hochschule der Deutschen Bundesbank



© Sascha Ditscher

Prof. Dr. Andreas Kremer ist zum 1. April 2026 zum Rektor der Hochschule der Deutschen Bundesbank in Hachenburg bestellt worden, an der der Nachwuchs für den gehobenen Bankdienst der Deutschen Bundesbank im Bachelorstudiengang „Zentralbankwesen / Central Banking“ ausgebildet wird. Er folgt damit auf Prof. Dr. Erich Keller, der im Dezember 2025 nach 19 Jahren als Rektor verabschiedet wurde.

Prof. Kremer studierte Wirtschaftswissenschaften an der Goethe-Universität in Frankfurt. Dort promovierte er am Lehrstuhl für Betriebswirtschaftliche Steuerlehre zum internationalen Steuerrecht und legte das Steuerberaterexamen ab. Seinen beruflichen Weg startete er sodann als Steuerberater in einer mittelständischen Kanzlei, bevor es ihn im Jahr 2016 wieder in die Lehre zur Hochschule der Deutschen Bundesbank zog, wo er insbesondere zum externen Rechnungswesen lehrte. Bereits 2017 hatte er die Leitung des Prüfungsamtes der Hochschule übernommen, bevor er im Jahr 2021 zum Stellvertretenden Rektor der Hochschule bestellt wurde.

Zentrale Themen, die Prof. Kremer als neuen Rektor bewegen, sind vielfältig. Den demografischen Herausforderungen und den sich verändernden fachlichen Anforderungen im öffentlichen Dienst will er weiterhin mit einem passgenauen und attraktiven Studienangebot begegnen und zugleich eine konsequente Qualitätssicherung gewährleisten. Gleichzeitig müssen Prozesse effizienter werden, um mit den bestehenden Ressourcen ein modernes und innovatives Angebot bieten zu können.

TERMINE

6. Oktober 2026, Internationalisierungsbeauftragte treffen sich in Hannover

Am 3. März 2026 stellten Ayleen Siegemund vom Stein-Hardenberg-Institut und Prof. Dr. Andreas Lasar von der Hochschule Osnabrück in einer Videokonferenz die Ergebnisse ihrer Untersuchungen zur Internationalisierung an den HöD vor und diskutierten mit den Internationalisierungsbeauftragten von 15 Hochschulen den Praxisstand, Erfolgsfaktoren und Barrieren der Internationalisierung sowie Möglichkeiten zur Intensivierung internationaler Aktivitäten in den Studiengängen. Der Austausch zum Thema Internationalisierung soll fortgesetzt werden. Auf Initiative von Jon Döring von der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Niedersachsen

(HSVN) findet am 6. Oktober 2026 ein Treffen in Präsenz in Hannover statt. Interessierte Hochschulen sind herzlich willkommen.

28. bis 30. Oktober 2026, Herbstkonferenz

Die Herbstkonferenz 2026 wird vom 28. bis 30. Oktober 2026 an der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit in Wiesbaden stattfinden.

2. bis 4. Juni 2027, Jubiläumsveranstaltung

Die Jubiläumsveranstaltung zum 50-jährigen Bestehen der Rektorenkonferenz der Hochschulen für den öffentlichen Dienst wird vom 2. bis 4. Juni 2027 an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR Berlin) stattfinden.

NEUE PUBLIKATIONEN



Stember, Jürgen; Beck, Joachim; Kraatz, Erik (Hrsg.): Brauchen wir einen neuen Staat? Verwaltungsreformen zwischen demographischem Wandel, Bürokratieabbau und Digitalisierung. Nomos, 1. Auflage 2026, 425 Seiten.

Band 19 der Schriften des Praxis- und Forschungsnetzwerks der Hochschulen für den öffentlichen Dienst.

<https://www.nomos-shop.de/de/p/brauchen-wir-einen-neuen-staat-gr-978-3-7560-3676-9>



Stember, Jürgen (Hrsg.): Gesellschaftliche, digitale und bürokratische Transformation – Herausragende Abschlussarbeiten der Hochschulen für den öffentlichen Dienst 2025. Nomos, 1. Auflage 2026, 397 Seiten.

Band 18 der Schriften des Praxis- und Forschungsnetzwerks der Hochschulen für den öffentlichen Dienst.

<https://www.nomos-shop.de/de/p/gesellschaftliche-digitale-und-buerokratische-transformation-gr-978-3-7560-3603-5>



Adresse: Alt-Friedrichsfelde 60, 10315 Berlin
Tel.: 030 30877-2650

E-Mail: geschaeftsstelle-hoed@hwr-berlin.de
Webseite: www.rkhoed.de